

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 15.06.2026 14:32
Aktenzahl: PGL-850276-2026-KGR/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 31.1

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Mag. Julia Malle (GRÜNE), Felix Stadler, BSc, MA (GRÜNE), Mag. Berivan Aslan (GRÜNE), Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE), Mag. Barbara Huemer (GRÜNE) und Georg Prack, BA (GRÜNE) zu Post Nr. 31 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 16.06.2026.

Wissenschaftsstandort Wien absichern

Der Wiener Gemeinderat bekennt sich ausdrücklich zur zentralen Bedeutung der öffentlichen Universitäten für Wien als Wissenschafts-, Forschungs-, Innovations- und Wirtschaftsstandort.

Wien ist mit seinen Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen das wissenschaftliche Zentrum Österreichs. Zehntausende Studierende, Wissenschaftler:innen und weitere Beschäftigte tragen täglich dazu bei, dass Wien als Stadt der Forschung, Innovation und Bildung wahrgenommen wird. Die Universitäten leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte, zur medizinischen Versorgung, zur technologischen Entwicklung sowie zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Sie bilden die Lehrer:innen, Ärzt:innen, Forscher:innen und Ingenieur:innen von morgen aus und sind damit eine zentrale Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Mit großer Sorge verfolgt der Wiener Gemeinderat die bekannt gewordenen Überlegungen zu erheblichen Einsparungen im Universitätsbereich ab 2028. Diese haben bereits zu breitem Protest von Studierenden, Universitätsbeschäftigten und

Wissenschaftseinrichtungen geführt.

Die Bedeutung einer ausreichenden Finanzierung der Universitäten wird parteiübergreifend anerkannt. So äußerten sich Vertreter unterschiedlicher politischer Parteien kritisch zu den geplanten Einsparungen.

Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) hebt dazu öffentlich die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für Wien hervor und spricht sich gegen Einsparungen aus, die den Forschungsstandort schwächen könnten. "Wer heute bei Universitäten kürzt, spart bei den Ärztinnen und Ärzten, Lehrerinnen und Lehrern und Technikerinnen und Technikern von morgen", so Ludwig.

Der oberösterreichische Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) gibt an, "vom Donner gerührt" zu sein. "Denn das ist ja nicht nur ein Einfrieren des Bestehenden, sondern ist eine Rücknahme dessen, was zurzeit ist. Und das ist ein Rückschritt mit Anlauf für den gesamten Standort Österreich".

Auch Vertreter der Neos warnen vor negativen Folgen für Österreichs Hochschul- und Forschungslandschaft. Der Klubobmann der Neos im Parlamentsklub, Yannick Shetty, meint: "Ich verstehe auch nicht, warum nicht andere Umschichtungen vorgenommen wurden. Also, wenn es nach uns ginge, würden wir hier anders agieren."

Der Rektor der Universität Wien, Sebastian Schütze, verweist darauf, dass Universitätsbudgets "nicht nur ein Thema der Universitäten" seien, sondern die Zukunftsfähigkeit des gesamten Standorts betreffen. Es gehe dabei "ums große Ganze" – um Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und die Chancen künftiger Generationen. "Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung gehören zu den Grundpfeilern der Gesellschaft. Eine derart drastische Kürzung der Universitätsfinanzierung gefährdet die Zukunft Österreichs, unsere Demokratie und unseren Wohlstand", so Schütze.

Der Wiener Gemeinderat begrüßt daher, dass die Bundesregierung die endgültige Entscheidung über die Universitätsfinanzierung auf den Herbst vertagt hat. Diese Zeit muss genutzt werden, um gemeinsam mit den Universitäten, den Ländern und den Sozialpartner:innen eine nachhaltige Lösung zu erarbeiten.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat fordert daher die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Finanzen, sowie die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, auf,

1. die Finanzierung der öffentlichen Universitäten auf einem Niveau sicherzustellen, das den Erhalt und die Weiterentwicklung von Forschung, Lehre und Innovation gewährleistet;
2. Kürzungen zu vermeiden, die zu Personalabbau, einer Verschlechterung der Studienbedingungen oder einer Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Österreich führen würden;
3. bei den anstehenden Leistungsvereinbarungen für die Periode 2028–2030 Planungssicherheit für die Universitäten sicherzustellen;
4. die besondere Bedeutung Wiens als größten Universitäts- und Forschungsstandort Österreichs bei den weiteren Budgetverhandlungen entsprechend zu berücksichtigen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 16.6.2026

Unterzeichner*innen:

Mag. Berivan Aslan (GRÜNE); Mag. Mag. Julia Malle (GRÜNE); Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE); Mag. Barbara Huemer (GRÜNE); Georg Prack, BA (GRÜNE); Felix Stadler, BSc, MA (GRÜNE)